

EZB: Weiter auf Inflationskurs

Im Windschatten der Geopolitik gewöhnt Madame Lagarde die Deutschen an eine Inflation von fast 3 %.

Von Markus C. Kerber

Als am 30.1.2025 die Europäische Zentralbank zum wiederholten Male alle drei Hauptzinssätze um 25 Basispunkte (0,25%) herabsetzte, rechtfertigte sie dies in ihrem geldpolitischen Beschluss mit dem Argument: „Der Desinflationsprozess schreitet gut voran. Die Inflation hat sich im Wesentlichen weiterhin im Einklang mit den Projektionen entwickelt und dürfte im laufenden Jahr zum mittelfristigen Zielwert des EZB-Rates von 2 % zurückkehren.“

Nur vier Tage später meldet die Europäische Statistikbehörde, dass die Inflation jedenfalls in Deutschland, wieder angestiegen ist und zwar auf 2,6 %. Dies geschieht ganz unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit, die bestenfalls bei den Lebensmittelpreisen spürt, dass die Inflation längst nicht besiegt ist.

Schon bei der Neufestsetzung des Inflationsziels hatte die wenig stabilitätsorientierte EZB-Präsidentin Madame Lagarde getönt, dass man zwar nicht länger einen Inflationswert von unter 2 %, sondern im Durchschnitt von ca. 2 % anstrebe. Diese Ankündigung, die sogar vom „Vater des Euros“, Otmar Issing, einst begrüßt wurde, ging indessen einher mit großen Zweifeln in der deutschen Ökonomen-Szene. Im Nachgang zum EZB-Rat fragte die Journaille sogar bei der Frankfurter Showveranstaltung Madame Lagarde, ob es letztlich nicht darauf hinauslaufen würde, die Eurobürger an eine durchschnittliche Inflationsrate von 3 % zu gewöhnen.

Obschon die EZB – aufgrund der von ihr erhöhten Geldmenge – eine überschießende Inflation seit dem zweiten Halbjahr 2021 in Kauf genommen hatte, bestritt Madame Lagarde jegliche Absicht, das mittelfristige Inflationsziel klammheimlich auf 3 % zu erhöhen.

Zweifel an dieser Behauptung sind geblieben, denn nichts beseitigt Schulden so schnell wie Inflation und die Hochschuldenländer, zu denen jetzt auch Lagardes Heimatland Frankreich eindeutig gehört, haben zur Inflation stets ein anderes Verhältnis gehabt als die Deutschen.

Mit Erstaunen und ohne bissige Kommentare müssen deutsche Beobachter zur Kenntnis nehmen, dass es nach langem, monatelangem Ringen dem neuen französischen Premierminister gelungen ist, einen Haushalt durchs Parlament zu bringen, der statt einem Defizit von 6,1 % ein Defizit von 5,4 % in Kauf nimmt.

Hieran nimmt die Europäische Kommission mit Macrons Mitarbeiterin Frau von der Leyen keinen Anstoß, obschon damit die Latte von 2 % von Frankreich ungezählte Male gerissen worden ist. Wie sagte der damalige Kommissionchef Juncker: „Wir machen nichts, weil Frankreich halt Frankreich ist“.

Der Widerspruch zwischen der realen Inflationsentwicklung im Eurowährungsgebiet und der Zinspolitik der EZB kann also nicht frappierender sein. Wie wenig sich die EZB an Stabilitätszielen orientiert, wird schließlich daran deutlich, dass ihre Entscheidung, die Hauptzinssätze erneut und entgegen dem anhaltenden Inflationstrend zu senken, zwar den Interessen der Hochschuldenländern entspricht, sich indes völlig von der Geldpolitik der amerikanischen Zentralbank unterscheidet. Die Fed sieht aufgrund anhaltender Inflationsgefahren den Zeitpunkt für erneute Zinssenkungen für nicht gekommen und erhält dafür von Donald Trump schlechte Noten. Dies ehrt diese Institution und ihren standhaften Gouverneur. Wie lange indes wird Frau Lagarde, deren geldpolitische Kompetenz im Fachpublikum zutreffend eingeordnet wird, die europäische Öffentlichkeit über die inhärenten Inflationsgefahren und das Inflationspotential angesichts der anhaltend hohen Geldmenge im Unklaren lassen. Spätestens wenn sich die internationale Konfliktszene beruhigt, werden sich die Augen der Beobachter wieder stärker auf die EZB richten. Zuvor wird Frau Lagarde gewiss zusammen mit dem SPD-Bundesbankpräsidenten Nagel noch einige Zinssenkungen durchführen.